

OKTObEr

Herausgeber: REVOLUTIONÄRE SOZIALISTEN

NR. 14

18.10.1985

VON 'BROKDORF II' ZUR KOALITION MIT DER SPD

Die Parlamentarisierung der GRÜNEN

Fünf Jahre nach ihrer Gründung stehen die Grünen vor der Situation, daß sich die Flügelkämpfe verstärkt haben, während sie gleichzeitig in der parlamentarischen Arbeit Stagnation bzw. Niederlagen wie bei den Wahlen im Saarland und in NRW verzeichnen müssen. Zwar werden einzelne Stimmengewinne auch in Zukunft möglich sein. Insgesamt aber sind die Zeiten vorbei, in denen sich die Zahl der grünen Parlamentarier weitgehend unabhängig von den jeweiligen Programmen und Kandidaten fast automatisch erhöht hat.

Während in den Reihen der Realos die Zukunft der Grünen vor allem in der Parlamentsarbeit gesucht wird, erschallt aus dem so heterogenen Lager der Fundamentalisten der Ruf: „Zurück zu den Anfängen!“ Zugleich ist die Auseinandersetzung zwischen Koalitions- und Tolerierungsanhängern - Koalos und Toalos - um die Frage des Verhältnisses zur SPD in vollem Gange. In einem Punkt aber sind sich alle einig: Die Basis soll wieder stärker einbezogen werden.

Wer aber ist eigentlich diese Basis? Diese grundlegende Frage wird in den Analysen der Grünen immer nur am Rande gestreift, obgleich ihre Beantwortung die Gründe für die Stagnation aufzeigt. Denn die Grünen sind eine Partei der stark angewachsenen neuen Mittelschichten (aufgrund der SPD-Bildungsreform entstanden), also eine kleinbürgerliche Partei, deren Mitglieder in der Regel überdurchschnittlich hoch qualifiziert sind. Sie sind entweder dem Kapitalverhältnis nicht *direkt* unterworfen, wie z.B. die Beschäftigten im Staatsdienst, oder sie arbeiten als (höhere) Angestellte in der Produktion bzw. im Dienstleistungssektor. So erfahren sie ihre Unterordnung unter das Kapital weniger als Ausbeutung, sondern eher als Sinnentleerung ihrer Arbeit und Vereinseitigung ihrer erworbenen Fähigkeiten (Spezialistentum).

In den Grünen verschmolzen zwei politische Flügel dieser neuen Mittelschicht, die aufgrund ihrer Beweglichkeit früher als andere in der Lage waren, Protest gegen den Wirtschaftswunderkonsens *und* die mit der Krise einhergehende Deklassierung zu äußern: die durch die Krisenpolitik enttäuschten Anhänger

der sozialliberalen Koalition mit den nach rechts driftenden Resten der APO.

Diese Zusammensetzung bestimmte von Anfang an ihre *soziale* und *programmatische* Orientierung: Aufgrund ihrer Mitgliedschaft haben die Grünen keinen Zugang zu den Gewerkschaften, und sie haben sich nur selten darum bemüht, ihn zu finden. Das zeigt sich aber auch in der praktischen Politik: Gerade in NRW lag z.B. der Schwerpunkt ihres Wahlkampfes bezeichnenderweise nicht auf der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Blindheit gegenüber diesem heute vorrangig gesellschaftlichen Problem in Verbindung mit einer ausgeprägt bürgerlichen Staatsorientierung läßt die *programmatische Ausrichtung* deutlich werden.

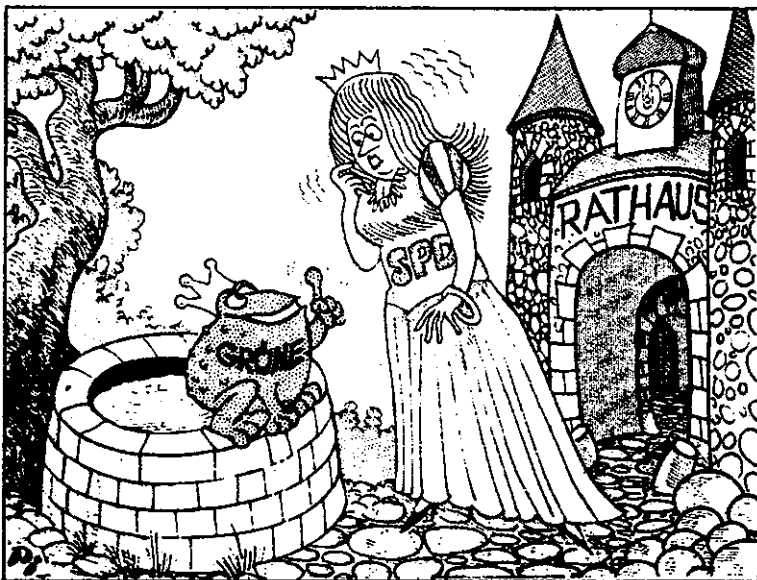
Der Staat sind wir?

Besonders anschaulich wird diese Haltung an Staranwalt Schilys bedingungslosem Eintreten für das Gewaltmonopol des Staates: Gegen eine „Art von Revolutionsmythos“ im Bewußtsein „mancher Grüner“ fordert er, daß die Grünen „überhaupt keinen Zweifel daran lassen (dürfen), daß sie das Gewaltmonopol des Staates anerkennen - für mich die Voraussetzung für eine demokratische, rechtsstaatliche Ordnung, für den Wettbewerb politischer Meinungen. (...) Wir bekämpfen doch nicht den Staat und unsere Verfassung.“ (Spiegel 13/85, S.75) „Der Staat kann Mängel haben noch und noch. Wenn wir aber den Konsens über das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen, kommen gefährliche Entwicklungen in Gang.“ (a.a.O., S.78) Damit gesteht er letztlich den Lummers und Zimmermanns das Recht zur Verschärfung des Demonstrationsrechts zu! Aber für Schily ist das die Eintrittskarte in eine Koalition mit der SPD, und was tut man als Koalo nicht alles, um der SPD zu gefallen. Sehr richtig analysiert der „Arbeiterkampf“ (Nr. 259, S.6): Es geht bei den Realos/Koalos (...) um einen Prozeß der Herrschaftsanerkennung. Das herrschende Politik-

verständnis, die herrschende Art, zu regieren und regiert zu werden, die herrschende Verteilung von Macht werden anerkannt. Der Staat ist so, wie er ist, auch der Staat dieses Teils der Grünen."

Doch auch Antje Vollmer erkennt im Interview das Gewaltmonopol des Staates prinzipiell an, beklagt lediglich den Mißbrauch: Sie kennzeichnet es als „eine fortschrittliche bürgerliche Errungenschaft gegenüber Faustrecht, Lynchjustiz, Bürgerwehren, aber auch gegenüber ständischer Justiz. Jeder Gebrauch des staatlichen Gewaltmonopols muß aber umso schärfer kontrolliert werden. Dieser Staat ist immer in Gefahr - gerade auch bei Behandlung von solchen Gefangenen (RAF) - über diese seine Grenzen hinauszugehen." (Spiegel, S.75) Als Ziel ihrer eigenen Behandlung der RAF-Leute - bei Gesprächen mit den Hungerstreikenden - gibt sie deren Resozialisierung (!), d.h. ihre „Loslösung aus dem Bereich der Gewaltstrategien", an. (a.a.O., S.70) Sie argumentiert vor allem christlich-humanistisch für bessere Haftbedingungen für die RAF-Leute und fordert, „um eine andere Republik zu erreichen ...", eine Veränderung der staatlichen „Instrumentarien (...), auch einen Abbau der Instrumente des Gewaltmonopols und seines Mißbrauchs . . .", ohne jedoch auf seine politische Bedeutung als Repressionsmittel und Garant des kapitalistischen Privateigentums einzugehen. (a.a.O., S.78)

Roland Kern zeigt in anderem Zusammenhang, wie fundamentalistisches Konzept und herrschendes Politikverständnis zusammenfinden könnten: Die Umsetzung grüner ökologischer Politik müssen s.E. auch grüne Minister übernehmen: „Ich sage: Selbst machen! Alles selbst machen! Auch das ist ein grünes Prinzip."



Westdeutsche Allgemeine Zeitung

„Ich bin kein Frosch, ich bin ein verzauberter Mehrheitsbeschaffer“

Zur Lage der Partei

Die Grünen verstanden sich vor allem als Sprachrohr der neuen sozialen Bewegungen wie Anti-AKW, Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung. Der Abschwung dieser Bewegungen und ihre nicht mehr alleinige Vereinnahmung durch die Grünen selbst, sondern zunehmend durch SPD und Kirche, setzt die Partei unter Zugzwang. Die ehemaligen BI-Aktivisten sitzen heute in den Parlamentsausschüssen, der Kontakt zur Basis ist gestört bzw. unterbrochen. Das angebliche außerparlamentarische Standbein der Grünen gleicht eher einem Hinkfuß.

Mit pazifistischer und nationalistischer Orientierung mobilisierten sie Zigtausende gegen die Pershing-Stationierung; heute, wo es gilt, gegen SDI und seine europäische Variante EUREKA zu kämpfen, ist von den Grünen - abgesehen von verbaler Ablehnung - wenig zu sehen.

Doch in einem Punkt sind sich alle Strömungen einig: Basisarbeit muß geleistet, die soziale Basis muß erweitert werden. Das sagt allerdings nichts aus über gemeinsame Positionen: Die ‚Basis‘ ist in der grünen Programmatik ein Wert an sich, unabhängig von den vertretenen Positionen. Die Koalitionen und die Fundamentalisten haben zwar prinzipiell ein Interesse daran, ihre Positionen durchzusetzen, schwimmen jedoch auf der aktuellen Stimmungswelle ‚Basis‘ mit. Der Bundesvorstand will die programmatische Auseinandersetzung jedenfalls vermeiden, um die Partei zusammenzuhalten bzw. letztlich auch Wählerstimmen zu erhalten.

„Alternativen“

Welche Möglichkeiten haben nun die Grünen, aus ihrer Misere herauszukommen? - Im wesentlichen lassen sich drei Alternativen ausmachen:

Die *erste*, vertreten durch die Koalitionen, wäre die Öffnung zur SPD. Eine Koalition mit der SPD ist jedoch gleichbedeutend mit Verlust an politischem Profil, und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen hat die SPD in bestimmten Bereichen Positionen der Grünen übernommen und für sich ausgeschlachtet, indem sie z.B. in Hessen eine Kampagne für getrennten Müll durchführte, eine ursprünglich grüne Forderung. Die Grünen spuckten Gift und Galle bzw. bedauerten verlorene Wählerstimmen, die diese Kampagne einem grünen Minister eingebracht hätte. Zum anderen ist der Druck durch die SPD schon jetzt so stark, daß die Grünen, ohne einen Ministerposten ihr eigen zu nennen, zu Zugeständnissen bereit sind wie z.B. bei der Plutoniumfabrik ALKEM in Hessen, die über keine gültige Betriebsgenehmigung verfügt, seit Jahren wesentlich mehr Plutonium lagert, als ihr genehmigt

wurde, und aus deren Beständen bereits Kernsprengstoff für mindestens zwei Bomben verschwunden ist. Während die Grünen im November '84 die Tolerierung der SPD genau in dem Moment aufkündigten, als diese die Genehmigung von ALKEM in Aussicht stellte, halten sie ein halbes Jahr später - nach der Wahlschlappe in NRW - einen Antrag der ALKEM, die Lagerbestände von 460kg auf 6,7t zu erhöhen, für „nicht entscheidungsreif“. Daß das nichts anderes bedeutet als jahrelange Prüfung bei einem Weiterlaufen der Produktion und in krassem Gegensatz zu der ursprünglichen Forderung der Grünen nach sofortiger Stilllegung steht, ist offensichtlich. Bei den jetzigen Verhandlungen um eine Koalition beanspruchen die Grünen auch nicht von ungefähr „nur“ das Umweltministerium für sich: In diesem Ministerium können sie sich bequem aus der Verantwortung ziehen, da die Überprüfung und Genehmigung z.B. von ALKEM dem Wirtschafts- bzw. Energieministerium untersteht, und diese beiden Ämter werden in sozialdemokratischer Hand sein. Letztlich „tolerieren“ sie mit dieser Politik die deutsche Atombombe.

Die zweite Möglichkeit wäre, daß sich die Fundamentalisten und Ökosozialisten mit der Ablehnung der SPD-Koalition und der Orientierung auf ökologische Fragestellungen politisch durchsetzen. Der Hagener Kongreß hat jedoch gezeigt, daß diese Variante keine Chance mehr hat: Der Mehrheitsbeschluß, daß die Grünen eine Partei sind, die *jede* Form parlamentarischer Arbeit im Bereich ihrer Möglichkeiten sieht - also auch eine Koalition -, bedeutet den Durchbruch der Koalition. Schily ist zwar mit diesem Ergebnis unzufrieden - er will die Koalition in Hessen *jetzt*, weil er die Zeit gegen die Grünen und für die SPD arbeiten sieht. Da die Grünen aber sowieso keine systemsprengende Kraft sind, hat Schily mit seiner Position sicherlich recht, denn der Einfluß auf die SPD innerhalb einer Koalition würde immerhin mehr Geld für Alternativprojekte bedeuten (auf „höhere“ Ziele müssen sie natürlich verzichten).

Die *dritte* Alternative, die allerdings sehr unwahrscheinlich und letztlich gar keine Alternative ist, wäre, stehenzubleiben bei den bekannten kontroversen Positionen und Taktiken. Die Gruppe der sechs Frauen wie auch der Bundesvorstand verharren zur Zeit in dieser Stellung. Diese Position bedeutet allerdings politische Konfusion als Dauerzustand.

Zurück zu den Ursprüngen!

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, dem Ruf von Fundamentalisten und Ökosozialisten - „Zurück zu den Ursprüngen“ - zu folgen und diese Ursprünge anhand der vier Attribute zu untersuchen, die die Grünen sich gaben: ökologisch - sozial - basisdemokratisch - gewaltfrei.

DAS 'NOSKE-SYNDROM'

Während eines brutalen Einsatzes der Frankfurter Polizei gegen eine Anti-NPD-Demonstration wurde am 28.9. Günter Sare von einem Wasserwerfer überrollt.

Die 'taz' befragte daraufhin J. Vielhauer, Mitglied der hessischen Landtagsgruppe der Grünen, zu der Haltung seiner Partei.

taz: Grüne und Polizei - ein heikles Thema. Jutta Ditzfurth sprach die Vermutung aus, der Wasserwerfer sei von den Grünen mitfinanziert worden. ... Damit geht ja das "Noske-Syndrom" um. Wie sollten sich Grüne aber als ministerielle Amtsträger verhalten, wenn es sie denn geben sollte?

Vielhauer: Erstens haben wir nicht die Forderung nach dem Innenministerium erhoben. Zweitens kann unter jedem Minister dergleichen passieren. ...

SO SEHEN WIR DAS AUCH

- Schon beim Begriff ‚ökologisch‘ stößt es einem auf: Die Ökologie ist eine Wissenschaft, die Wissenschaft von den Naturverhältnissen. Sie ist als solche kein Attribut: Man kann weder für noch gegen sie sein. Was die Grünen mit ‚ökologisch‘ meinen, ist wohl, daß sie für den Schutz und die Erhaltung der Natur eintreten. Doch das behaupten heute alle Parteien von sich. Entscheidend ist, inwieweit die Frage nach den ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen gestellt wird, die für die Zerstörung der Umwelt verantwortlich sind. An dieser Frage scheitern die Grünen. Sie bleiben in einem Naturmystizismus hängen, der Natur als Subjekt begreift. Die Tierversuchsdebatte und deren überragender Stellenwert im Vergleich zu den Fragen von Arbeitslosigkeit und Kriegsvorbereitung auf dem Hagener Kongreß machen dies deutlich. Es fehlt die Erkenntnis, daß nur eine geplante, sozialisierte Wirtschaft die Möglichkeiten bietet, ökologische Erkenntnisse und Probleme aufzunehmen und zu lösen.
- ‚Sozial‘ nennen sich die Grünen wie die CSU. Auch die SPD trägt dieses Wörtchen in sich. Gemeint ist es wohl als Gegenbegriff zu ‚sozialistisch‘.
- Wie Basisdemokratie bei den Grünen funktioniert, hat sich zur Genüge gezeigt: Nach wenigen Jahren des Bestehens der Partei hat die Basis real wenig zu sagen. „Die Basis“ ist bei den Grünen ein Mythos, wie „das Volk“, nach dem Motto: Alles, was von der Basis kommt, ist „gut“. Ist ein Volksentscheid in jedem Falle „gut“, auch wenn er beschließen würde: Ausländer 'raus? Hier zeigt sich bürgerliches

Denken in Reinform. Würde bei den Grünen tatsächlich die Basis die Politik bestimmen, so wäre die Koalitionsfrage längst geklärt, denn sie ist in der Mehrheit für eine Koalition.

„Gewaltfreiheit“ heißt nichts anderes, als denen die Gewaltmittel zu überlassen, die sie schon immer besitzen haben. Laut sangen die Grünen: „Das weiche



Partner Börner, Kerschgens: „Uns geht es gut, sehr gut“

Wasser bricht den Stein“; die Friedensbewegung ist das beste Beispiel dafür, wie das funktioniert! Das Übel liegt also in den Ursprüngen.

Und die Linke?

Linke Gruppen innerhalb der Grünen, wie z.B. der KB, versuchen hilflos ihre Isolierung zu überwinden, indem sie die guten alten Zeiten von Brokdorf II heraufbeschwören. Da sie aber selbst sehen, daß es schwer ist, die Zeit zurückzudrehen, sehen sie sich genötigt, doch ein paar Perspektiven aufzuzeigen: So fordern sie, daß die Grünen zwecks Abgrenzung zur SPD für einen *radikalen antikapitalistischen Umweltschutz* Position beziehen. Die interessierte linke Öffentlichkeit wartet gespannt darauf, was sie darunter verstehen. Die Rolle der Grünen im Parlament sehen sie als Oppositionspartei, wobei „überhaupt erst bei den Grünen für einen *konsequenten Reformismus* in den Parlamenten gekämpft werden (muß)“ (AK 259, S.8).

Wenn wir den KB also richtig verstehen, fordert er nichts anderes als einen radikalen *antikapitalistischen Umweltschutz* durch konsequenten Reformismus *im Kapitalismus*.

DIE ÖKO-SOZIALISTEN

EBERMANN/TRAMPERTS BUCH ÜBER DIE „ZUKUNFT DER GRÜNEN“

Das Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert über Zukunftsperspektiven der grünen Partei, erschienen Ende 1984, bedarf einer eingehenden Kritik. Denn in diesem Text spiegelt sich, verkörpert durch die Meinung der Autoren, ein Großteil des Meinungsbildes des sich als links definierenden Flügels der grünen Partei. Die Ausführlichkeit ihrer Darstellung führt zu einer sehr deutlichen Offenlegung der politischen Methode und des ideologischen Hintergrunds dieses „Hoffnungsträgers“ vieler zuvor heimatlos gewordener Linker.

Umweltzerstörung Vergeudung von Naturreserven Hunger in der Dritten Welt

In der Logik des zentralen Ansatzpunkts grünen Selbstverständnisses beginnt der Text mit einer Abhandlung über Umweltverseuchung und -zerstörung. Dieser durchaus lesenswerte und informationsreiche Teil ist aber im wesentlichen bloße Situationsbeschreibung und deshalb der eigentlichen konzeptionellen Problematik des Buchs nur vorgelagert.

In diesem ersten Teil geht es zuerst um die Verseuchung durch halogenierte Kohlenwasserstoffe und Formaldehyd, dann um die Verschmutzung durch bedrohte Bodenfruchtbarkeit, Auszehrung mineralischer Ressourcen und vor allem der Energiequellen und schließlich um den Hunger in den Ländern der Dritten Welt und seine Ursachen in der Entwicklungspolitik des Kapitalismus auf dem Niveau des imperialistischen Welt-systems.

Auch an diesem ersten Teil ist neben der reinen Beschreibung der Verhältnisse aber bereits bemerkenswert, daß die Autoren die Frage der Veränderung von Konsumgewohnheiten stark in den Vordergrund stellen. Neben der Forderung nach Eingriffen in die chemische Industrie, der Erklärung der Umweltverschmutzung und des Welthungers aus dem kapitalistischen Profitinteresse oder der Forderung nach Verzicht auf Atomenergie oder dem Ziel, „in den Metropolen selbst dem Schalten und Walten der Profitwirtschaft und dem Bankwesen ein Ende“ zu setzen (S.80), steht dann z.B.: Veränderte Konsumgewohnheiten bräuchten dann nicht

als Verzicht verstanden zu werden, wenn sie als bewußte Schritte zur Veränderung der Lebensumstände angegangen werden (S.32). Neben dem Profitinteresse sei gleichermaßen die Unwissenheit wesentliche Schadensquelle (S.52). Energie müsse gespart werden (S.64), man müsse sich von der Zielvorstellung lösen, eine dingliche Reichtumsproduktion auf dem Niveau der heutigen industriellen Produktionsprozesse anzubieten (S.68). Richtig sei es auch, bestimmten Kaffee nicht zu trinken und weniger Fleisch zu essen (S.80).

Das Auffällige an diesen Aussagen ist die Methode, von der Perspektive eines gesellschaftlichen Gesamtinteresses Aufgaben für alle zu formulieren. Dem entspricht die Definition der sich entwickelnden Zerstörung und Vergiftung der Umwelt und des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen als Problem der menschlichen Gattung als solcher (S.111). Das vordergründig Plausible dieser Thesen verschwindet, wenn die darin überdeckten Klassengegensätze wieder zum Vorschein kommen.

Eine Veränderung der Konsumgewohnheiten kann im Prinzip die zerstörerische kapitalistische Produktionssteuerung nur ganz geringfügig beeinflussen. Und was bedeutet eine Veränderung der Konsumgewohnheiten für die, deren Einkommen eben nicht so hoch ist, daß sie daraus Kapital bilden können? Teilweise mit Sicherheit einfach Verzicht, da ungiftige Ersatzgegenstände zum Teil teurer sein werden. Offen bleibt dann auch, wie denn diese mit Verzicht verbundene Veränderung von Konsumgewohnheiten durchgesetzt werden soll.

Bedeutet weiter Energiesparen beim Verzicht auf die Benutzung des eigenen PKW, daß für viele hierdurch, d.h. durch die verlängerten Fahrzeiten von und zur Arbeit, der Arbeitstag objektiv verlängert wird? Bedeutet der Verweis auf Unwissenheit als Schadensquelle, daß die Autoren damit einverstanden sind, die Lasten der Umweltzerstörung und Vergiftung wie z.B. Beseitigung von Altlasten und vergifteten Deponien von allen gemeinsam tragen zu lassen?

Ist die angebliche Unwissenheit derer, die aus der Giftproduktion und Umweltzerstörung ihren Profit gezogen haben und ziehen, mit der Unwissenheit derer gleichzusetzen, die darüber entweder nicht oder falsch informiert worden sind und letztlich von den Folgen mit getroffen werden? Bedeutet das Verständnis der Umwelt- und Ressourcen-Problematik als Gattungsproblem, daß wir doch irgendwo mit den Kapitalisten mal wieder in einem Boot sitzen sollen?

Es geht natürlich nicht darum, hier die Kritik des durch die kapitalistische Produktionsweise geprägten Konsumverhaltens mit einem Tabu zu belegen. Eine solche Kritik ist wichtig. Nur will die Argumentation von Ebermann/Trampert über eine solche Kritik offenbar dadurch hinausgehen, daß jeder einzelne in gewissem Umfang für die eingetretenen Schäden zur Verantwortung gezogen werden kann.

Zumindest treten die Autoren einer solchen Perspektive nicht entgegen, sondern öffnen ihr durch ihre Thesen Tür und Tor. Daß der Kapitalismus sowieso von sich aus die Lasten jeder Krise auf die übrige Bevölkerung abwälzt

und dies auch mit den Lasten der von ihm verursachten Umweltzerstörung und Ressourcenvergeudung tut, ist eine Sache. Eine andere ist es aber, dies selbst mehr oder weniger hinzunehmen und letztlich argumentativ auch zu rechtfertigen.

Die Alternative bestünde natürlich nicht darin, wenn Giftprodukte auf kürzere Sicht billiger wären und Energievergeudung z.B. für Teile der arbeitenden Bevölkerung einen etwas kürzeren Arbeitstag bedeuten würden, dann eben entsprechend für die Beibehaltung der bisherigen Chemieprouktionsmöglichkeiten oder für die bisherige Energieverschwendung zu sein. Die tatsächliche Alternative zu dem Konzept von Ebermann/Trampert liegt vielmehr darin, ein Vorgehen gegen Umweltzerstörung und Ressourcenvergeudung mit Forderungen zu verbinden, die ein Abwälzen der hiermit verbundenen Belastungen von den kapitalistischen Verursachern auf die übrige Bevölkerung verhindern würden.

Was heißt es weiter, wenn die Autoren fordern, man müsse sich von der Zielvorstellung lösen, eine dingliche Reichtumsproduktion auf dem Niveau der heutigen industriellen Produktionsprozesse anzubieten? Wer bietet hier wem etwas an? Soll das eine vornehme Umschreibung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der imperialistischen Länder sein? Oder ist damit eine Aussage über die Vorstellung der Autoren hinsichtlich einer von ihnen vorausgedachten sozialistischen Gesellschaft gemeint? Im ersteren Fall steckt in dieser These zumindest auch eine Rechtfertigung sozialer Verschlechterungen für die Bevölkerung durch die herrschende Klasse. Aber auch im anderen Fall ist diese Forderung der Autoren durchaus angreifbar.

Daß die Entwicklung der Produktivkräfte eine naturgesetzliche Grenze hat, ist zwar in dieser Allgemeinheit nicht zu bestreiten. Eine Tatsache ist aber andererseits, daß sich die Möglichkeiten der Produktion für den individuellen Verbrauch nach wie vor ausweiten und vom Erreichen eines solchen, gegenwärtig hypothetischen naturgesetzlichen generellen Endpunkts der Produktivkräfteentwicklung derzeit nicht die Rede sein kann. Umgekehrt muß eine revolutionäre Perspektive mit dem Ziel einer Einschränkung des Bereichs der notwendigen Arbeit und der Aufhebung des Gegensatzes von Kopf- und Handarbeit auf eine wesentlich weitere Entwicklung der Produktivkräfte orientieren. Sicher würde eine Umstellung der Produktion auf die Umwelt nicht oder weniger belastende Verfahren und Produkte und die Beseitigung der entstandenen Schäden erst einmal ein Moment von vorübergehender Produktivitätsverringern mit sich bringen. Sicher bedeutet die großflächige Zerstörung von Anbauböden in der Dritten Welt einen Prozeß, der auch bei einer schonenden und auf Rekultivierung bedachten Behandlung erst auf längere Sicht in seinen Auswirkungen wieder umgekehrt werden könnte. Schließlich wirft auch die Begrenztheit besonders der energetischen Weltreserven in der Perspektive des kommenden und übernächsten Jahrhunderts schwierige Frag

auf.

Es bedeutet demgegenüber aber keine blinde Fortschritts-
gäubigkeit, darauf zu verweisen, daß sich diese Faktoren je-
denfalls in der Perspektive einer Entwicklung der Produk-
tivkräfte unter sozialistischen Vorzeichen stark relativieren.
Das gilt nicht nur für die Umstellung auf umwelt"freund-
liche" Produktionsverfahren und Produkte, wo neben der
Weiterentwicklung der Produktivkräfte eine Umstellung
weg von Verschleiß-, Verschwendungs- und Kriegs-Pro-
duktion hin zur Herstellung haltbarer und nützlicher
Verbrauchsgegenstände stattfinden kann. Bei der Frage
der Bodenzerstörung spielt z.B. auch eine Rolle, daß
in den imperialistischen Zentren gleichzeitig in be-
stimmten Bereichen der landwirtschaftlichen Pro-
duktion erhebliche Überschüsse auftreten können, wie dies
ja auch in der EG ganz augenfällig ist. Der Umstand, daß
dem mit Überschußvernichtung und Produktionseinschrän-
kungen bis hin zur Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzflä-
chen aus rein wirtschaftlichen Gründen begegnet wird, be-
legt die Existenz von erheblichen Reserven gerade in den
imperialistischen Zentren. Die USA sind z.B. Weltexporteur
von Weizen mit ebenfalls erheblichen Absatzproblemen.
Unter anderen Produktionsverhältnissen könnten diese
Reserven verstärkt genutzt werden, verbunden mit einer
Beendigung der Bodenzerstörung und Rekultivierung in
den betroffenen Ländern. Die Ausführungen der Autoren zu
den gegenwärtigen Energiereserven, geschrieben unter der
Voraussetzung keiner Ausweitung über die bisherigen
Energieträger hinaus, lassen sich für eine sozialistische
Gesellschaft ebenso nicht in derselben Weise aufrecht er-
halten. So sind z.B. einige Energieträger wie Sonne und Wind
ja bislang kaum genutzt, andere werden im Kapitalismus
sinnlos vergeudet.

Obwohl diese ganzen Umstände auch den Autoren bekannt
sind oder sein müßten, beharren sie aber auf ihrer These
von der nötigen Einschränkung der "dinglichen Reich-
tumsproduktion". Die Konsequenz dieser falschen Ver-
zichtstheorie besteht dann, auch wenn sie auf eine so-
zialistische Gesellschaft bezogen ist, in einer Rückenstär-
kung für all jene, die für die jetzige kapitalistische Gesell-
schaft Verzichtleistungen von der gesamten Bevölkerung
fordern. Zu denen, die derartiges für richtig halten, gehören
die Autoren allerdings wohl auch selbst...

Wenn Ebermann/Trampert im ersten Teil ihres Buches
schließlich ihre Auffassung darlegen, warum es wichtig sei,
bestimmten Kaffee nicht zu trinken und weniger Fleisch
zu essen, so würde man ihnen zwar Unrecht damit tun,
wenn man dies hier als zentrales Element ihrer Konzeption
verstehen würde. Bezeichnend ist aber doch, wie unproble-
matisch den Autoren hier ein weiterer Verzichtsappell zu
Papier gelangt ist.

Im Hintergrund steht dabei die These, in den imperialisti-
schen und industriellen Zentren des Kapitalismus sei be-
reits eine solche Bevölkerungsdichte und ein solches Niveau
der Bedürfnisbefriedigung erreicht, daß dies nur durch
eine Zerstörung der Ernährungsgrundlagen einer zunehmen-

den Zahl von Dritte-Welt-Ländern überhaupt aufrecht er-
halten werden könne. Dies versuchen Ebermann/Trampert
mit einer eingehenden Schilderung besonders der erzwun-
genen Ausrichtung dieser Länder auf Kaffee-Export und
Viehfutter-Produktion für die hiesige Fleischerzeugung zu
belegen.

Hinsichtlich der Viehfutter-Produktion ist diese These
der beiden Autoren allerdings schon im Hinblick darauf
in Frage zu stellen, daß die USA Welt-Exporteur von Soja-
Bohnen sind, die zur Viehfutter-Produktion dienen. So
richtig Ebermann/Tramperts Beschreibung der Auswir-
kungen dieser Produktionsausrichtung in den Dritte- Welt-
Ländern im übrigen aber ist, so wenig läßt sich anderer-
seits aus ihr folgern, daß eine Bedürfnisbefriedigung der
Bevölkerung der imperialistischen und industriellen Länder
auf dem jetzigen Niveau unter sozialistischen Verhältnissen
im Wege gleichberechtigter internationaler Arbeitsteilung,
dh. bei gleichem Nutzen für alle Beteiligten, unmöglich wäre

Dagegen bemühen sich die Autoren zumindest bei all
denen, die weiter wie bisher Fleisch essen und Kaffee
trinken, ein schlechtes Gewissen zu erzeugen, weil dieser
Konsum offenbar eben generell und unabhängig von
den Gesellschaftsformen für die Dritte Welt schädlich
sein soll. Umgekehrt soll es von Nutzen für die Bevölke-
rung dieser Länder sein, wenn dieser Konsum unterblie-
be. Die Ausnahme Nicaragua-Kaffee war Ebermann/
Trampert allerdings noch eingefallen. Den soll man
ruhig trinken.

Diese Aufforderung zur Einschränkung des Kaffee- und
Fleischkonsums soll nach der Vorstellung der Autoren
dazu beitragen, der auf Export in die imperialistischen
Länder orientieren Dritte-Welt-Wirtschaft wieder die un-
mittelbare Produktion für den eigenen Bedarf zu ermög-
lichen. Eine solche Hoffnung wäre allerdings selbst bei
einem massiven Erfolg einer dahingehenden Kampagne
völlig illusorisch. Das internationale Kapital betrachtet
diese Länder als günstig auszubeutende Rohstoff- und
Produktlieferanten und wird dann seine Ausbeutung in die-
sen Ländern nur auf andere Bereiche verlagern, nicht aber
diese sich tatsächlich selbst entwickeln lassen.
Aber auch als politisches Druckmittel ist diese von den
Autoren vorgeschlagene Konsumeinschränkung ungeeig-
net. Sie muß sich den Vergleich zu wirklich kämpferischen
Produktboykott-Aktionen gefallen lassen. Derartige Aktio-
nen haben dann einen Sinn, wenn sie durch ein klar einge-
grenztes Ziel und eine Verbindung zu anderen Kampffor-
men über die ihnen innewohnende Schwäche hinausgehen
können. Nur so kann zumindest ein politisch-demonstrati-
ver Effekt sichergestellt werden. Der Produktionsboykott
setzt in der Konsumsphäre an, berührt also nur mittelbar
die kapitalistische Produktionssteuerung und hat seine Gren-
ze außerdem in der mangelnden Souveränität des Konsu-
menten innerhalb des kapitalistischen Marktes.
Zwar gibt es durchaus positive Beispiele von Produktboy-
kott -Aktionen. So gab es diese Aktionsform begleitend
zu Streikaktionen wie sie beispielsweise bei einem großen

Landarbeiterstreik in Kalifornien stattgefunden haben oder gegenüber bestimmten besonders reaktionären Regimes wie nach dem Militärputsch in Chile oder gegenüber dem südafrikanischen Rassistenregime. Diese Beispiele zeigen aber andererseits deutlich, daß diese Aktionsform des Zusammenhangs mit anderen wirkungsvolleren Formen bedarf und sich zu einer folgenlosen moralischen Haltung zurückentwickelt, je unspezifischer und allgemeiner ein solcher "Boycott" wird. Hinzu kommt, daß auch der Umfang, in dem solche Boykottappelle befolgt werden, von seinen Wirkungsmöglichkeiten abhängt. Evident handelt es sich bei dem Appell der Autoren nur um eine solche lendenlahme Aufforderung ohne konkret beabsichtigte Verbindung zu einer Aktions- und Kampfperspektive. Quintessenz ist deshalb schließlich auch in dieser Frage nur der Fortklang der von den Autoren bereits mehrfach in ihrem Buch angestimmten Verzichtsmelodie.

GEWERKSCHAFTEN

Nach dieser ersten Hälfte des Buches wagen sich die Autoren nun auf das Feld der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit dem Ziel, deren Perspektivlosigkeit zu beweisen. Das geht so:

Bei der Entwicklung des modernen Industriekapitalismus mit seiner perfektionistischen Arbeitsteilung haben die Gewerkschaften versagt, da sie sich diesem die Natur und die menschlichen Beziehungen zerstörenden Prozeß nicht entgegenstellten (S.140). Das gleiche gelte für den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung (S.138), der insofern einem verhängnisvollen Etappenmodell anhing (S.137). Diese widerstandslose Übernahme kapitalistischer Ideologie habe die deutsche Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus kraftlos gemacht (S.139). Die in den Industriegewerkschaften als organisierte gesellschaftliche Kraft existierende Arbeiterbewegung sei keine systemsprengende Kraft - weder nach ihren programmatischen Absichten noch aufgrund der inneren Logik ihres Handelns (S.141). "Systemveränderung" sei den Gewerkschaften etwas ihr Äußeres, was sie vehement zurückwiesen - als Beleg wird eine Äußerung von Hermann Rappe, IG Chemie, zitiert (S.141). Die Konzentration auf Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung in der konkreten Gewerkschaftspolitik vernachlässige die demütigende Unterordnung im Arbeitsprozeß und die durch ihn anezogene antiemanzipatorische Unterordnung (S.137). So habe sich die organisierte Arbeiterbewegung im "fordistischen Modell" den Erfordernissen des Systems unterworfen (S.152).

Im zukünftigen post-fordistischen Modell wäre sie dagegen als Gewerkschaftsbewegung vernichtet (S.152). Durch die totale Verkabelung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Computerarbeit, als Heimarbeit ausgestaltet, die totale Vereinzelung der Beschäftigten bewirke und man nicht einmal mehr seinen Kollegen kenne (S.151). Daraus folge in diesem Stadium die völlige Unmöglichkeit gewerkschaftlicher Arbeit. Dies bedeute, daß dann die "neuen sozialen Bewegungen zum historisch

einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes" geworden wären (S.152).

Es lohnt nicht, in allen Einzelheiten auf den Grabgesang der Autoren zur Zukunft der Gewerkschaften einzugehen, da sie mit ihren exotischen Ansichten hierzu für den ökosozialistischen Flügel der Grünen sicher nicht repräsentativ sind. Eine so weitreichende Behauptung auf zwei Seiten mit lediglich einem einzigen Arbeitsplatzbeispiel, nämlich dem der Bildschirmarbeit belegen zu wollen, beweist nur die vorgefaßte Meinung der Autoren, sonst gar nichts.

Tatsächlich sind die weltweiten Entwicklungsprozesse der Gewerkschaftsbewegung wesentlich komplizierter und widerspruchsvoller. So stehen Niederlagen und Rückbildungen von Gewerkschaften Stärkungsprozesse von Gewerkschaften in anderen Ländern gegenüber, ohne daß sich langfristige Voraussagen wirklich treffen lassen. Unbegründet bleibt die hierzu von den Autoren als positiver Kontrast herausgestellte Perspektive der sogenannten "neuen sozialen Bewegungen". Dieses Zugeständnis an das grüne Milieu hat mit den Realitäten dieser Bewegungen, ihren großen Schwierigkeiten, Stagnation, Rückentwicklung, nur geringe kontinuierliche Organisierbarkeit nicht das geringste zu tun. Man kann es eigentlich nicht glauben, daß den Autoren tatsächlich die gegenwärtige Situation der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der Bürgerinitiativen, aber auch der Frauenbewegung nicht bekannt sein soll. Daß diese wechselhaften und sehr stark von politischen Konjunkturen abhängenden Bewegungen nun tatsächlich tendenziell die Nachfolge der Gewerkschaftsbewegung antreten werden, stimmt im übrigen auch zum großen Teil von dem klassenmäßigen Milieu her nicht, aus dem Gewerkschaften einerseits und die vorwiegend mittelschichtsgeprägten neuen sozialen Bewegungen andererseits herrühren. Bemerkenswert ist weiter die Darstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Geschichte durch das Herausreinigen nicht passender Elemente, so z.B. des Umstandes, daß Gewerkschaften sich historisch durchaus verbalsozialistischen Vorstellungen aus sozialdemokratischer Tradition heraus verschrieben hatten und daß auch jetzt Verstaatlichungs- und Vergesellschaftungsforderungen in der Gewerkschaftsbewegung durchaus vorkommen. Einen Rechtsaußen wie Rappe zum einzigen Kronzeugen der völligen Systemkonformität jetziger Gewerkschaftsmeinungsäußerungen zu machen ist zumindest unlauter.

Dies unterschlägt die Existenz eines verbal linkeren Teils der Gewerkschaftsbürokratie einerseits und von Beschäftigten als gewerkschaftlicher Basis andererseits. Dieser Gegensatz besteht zwar nur partiell hinsichtlich des Grades an systemkonformem Bewußtsein, vor allem aber im Umgang mit den unmittelbaren Interessen der Beschäftigten, deren Durchsetzung die Bürokratie im Prinzip nur soweit betreibt, als es zur Ruhighaltung ihrer Basis und zur Erhaltung ihrer gewerkschaftlichen

Positionen erforderlich ist. Von daher gibt es noch einmal einen qualitativen Unterschied zwischen der Systemkonformität einer sich kämpferisch oder auch nicht gerierenden Gewerkschaftsbürokratie einerseits und dem überwiegend systemkonformen Bewußtsein der Beschäftigten andererseits, bei denen auch schon die unmittelbaren Tagesinteressen in einem unauflösbaren Widerspruch zur kapitalistischen Kontrolle der Arbeit stehen. Daß im Rahmen dieser Darstellung der Autoren revolutionäre Strömungen schon gar nicht auftauchen, verwundert daher dann auch nicht weiter.

Daß die revolutionäre Strömung in der Weimarer Republik durch ihre stalinistische Führung dem zwangsläufigen Versagen der Sozialdemokratie nichts entgegenzusetzen hatte und deshalb der Faschismus siegen konnte, ist im übrigen sicher nicht in erster Linie, wie Ebermann/Trampert meinen, auf die Anpassung an kapitalistische Industrialisierungsideologie zurückzuführen, sondern vor allem auf die Beantwortung der sozialdemokratischen Spaltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch eine ebensolche spalterische Politik seitens der Kommunisten. Schließlich ist auch die Behauptung, die Konzentration auf Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung in der konkreten Gewerkschaftsarbeit vernachlässige den Kampf gegen die Unterordnung im Betrieb, von der Realität gewerkschaftlicher Alltagsarbeit gerade auch kämpferischer Teile der Gewerkschaftsbewegung weit entfernt.

Die Autoren haben dagegen ihr Gewerkschaftsbild soweit "bereinigt", daß es gut zu ihrer These von der künftigen Beendigung dieser Bewegung paßt. Bis zu dem Punkt zu gehen, daß linke oder grüne Gewerkschaftsarbeit schon jetzt überflüssig wäre, haben sich die beiden allerdings dann doch nicht getraut. Statt dessen geben sie hier zu, daß diese Arbeit etwas in Bewegung bringen könnte, wenn sie den Kampf gegen Armut und das Ausgliederungsmodell, d.h. den Kampf um eine gesicherte Versorgung mit der qualitativen Veränderung der Produktion, der Arbeitswelt und der Produkte selbst verknüpft (S.191). Gleichzeitig bemühen sich die Autoren immerhin auch um eine realistische Beschreibung der Möglichkeiten, durch genossenschaftliche Betriebe Veränderungen zu erreichen, indem sie deutlich die Grenzen dieser Unternehmungen in einer kapitalistischen Gesamtwirtschaft aufzeigen (S.191f.).

ÖKOSOZIALISTISCHE PERSPEKTIVE

Im folgenden versuchen Ebermann/Trampert dann ihre "ökosozialistischen" Vorstellungen zu präzisieren und ihre politische Strategie auszudrücken. Ausgespart oder auf Nebenbemerkungen reduziert bleiben dabei ganze zentrale Themenkomplexe, die zu einem Buch mit dem von dem von ihnen gewählten Titel aber dazugehören, so vor allem: der kapitalistische Staat mit seinen parlamentarisch-demokratischen Institutionen und dem Ausbeu seines Repressionsapparats, der Militarismus und die

Kriegsgefahr, die internationale Lage unter Einbeziehung revolutionärer Entwicklungen und der Länder des Ostblocks. Ohne Klärung dieser zentralen und in vielem strittigen Fragen bleibt der Text der Autoren von der Einlösung des gestellten Anspruchs weit entfernt. Denn jeder/jede kann sich nun bei vielen Fragen das heraussuchen, was er/sie gern möchte und braucht keinen Widerspruch zu Ebermann/Tramperts Konzeption zu entdecken.

Das Konzept des "ökologischen Sozialismus" soll nach dem Willen der Schreiber seinen Ausgangspunkt in der Überlagerung einer antikapitalistischen Orientierung durch die Bedrohung der menschlichen Gattung als solcher haben (S.194,196). Sie geben zwar zu, daß die Wurzeln der Situation in der kapitalistischen Produktionsweise liegen. Gleichzeitig werfen sie den revolutionären Klassikern und linken Gegenwartsautoren aber vor, einen unverantwortlichen Optimismus hinsichtlich der Steuerbarkeit einer umweltunschädlichen Produktivkräfteentwicklung unter sozialistischen Voraussetzungen zu verbreiten. Tatsächlich seien die jetzigen umweltzerstörerisch eingesetzten Produktivkräfte selbst Ausdruck einer kapitalistisch geprägten Wissenschaftsentwicklung, die sich für die Umweltproblematik nicht zu interessieren gehabt habe (S.203). Die Staaten des "realen Sozialismus" (ein Begriff, von dem bekanntlich nur die erste Hälfte stimmt) wären deshalb in genau derselben Situation, weil deren technologische Entwicklung das westliche Modell zum Vorbild hat (S.204).

Die Autoren setzen so Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise und der von der Bürokratie beherrschten Länder des Ostblocks parallel, ohne auf die Entwicklungsbesonderheiten und von einander verschiedenen Ursachen in diesen verschiedenen Gesellschaftsformationen einzugehen. Zu der von Ebermann/Trampert formulierten und klassenübergreifend zu verstehenden Aufgabe der Abwehr der Bedrohung für die Gattung Menschheit als solche, auch in diesem Kapitel kombiniert mit Verzichtsperspektiven für Genußmittel, Fleisch und Rohstoffe (S.214), kommt nun deshalb eine für beide Gesellschaftsformationen parallel zu betrachtende Aufgabenbestimmung ökologischer Wissenschaft.

Wenn diese überhaupt zum Überleben beitragen könne, dann dadurch, daß sie Tag für Tag ihre Unwissenheit bekannt mache, die Lückenhaftigkeit ihrer Daten, ihre Unzuständigkeit für alles, was über den platten - notfalls beliebig definierbaren - Nutzen oder über den bezifferbaren Schaden hinausgehe. Es gehe darum, nicht nur Kenntnisse, sondern auch Wissen um Unkenntnisse zur Handlungsgrundlage zu machen (S.205). Natürlich gehört zur praktischen Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnis immer auch das Wissen darum, wo derzeit die Grenzen dieser Erkenntnisse liegen. Ebermann/Trampert erklären aber in Bezug auf die ökologische Wissenschaft dieses Moment praktisch zu ihrem ausschließlichen Bei-

trag, soweit es um die wirklich wesentlichen Probleme geht. So enden die Autoren schließlich bei einer faktischen Absage an die materialistische Erkenntnistheorie auf dem Gebiet der Ökologie zu Gunsten einer Überhöhung von derzeit vorhandenen Wissenslücken zu einer Ganzheitsmystik, deren komplexe Gesamtzusammenhänge uns tendenziell verschlossen bleiben sollen. Es verwundert deshalb auch nicht weiter, wenn solche unerläßlichen Aufgaben einer sozialistischen Gesellschaft wie wissenschaftliche Planung der Produzentenassoziationen bis hin zur Ermöglichung einer weltweiten Planung im Text von Ebermann/Trampert nicht auftauchen. Denn dies wäre mit ihrem Verständnis von ökologischer Wissenschaft auch kaum noch vereinbar.

Immerhin halten die Autoren aber daran fest, daß der Kapitalismus hier für die entstandene Situation verantwortlich ist (S.209;211) und überwunden werden muß (S.214) und bekennen sich zu einer sozialistischen Zukunft (S.214). Nur über den Weg dahin, da gibt es nicht viel zu lesen. Es sei denn, man akzeptiert hierzu Äußerungen wie die als ausreichend, daß es darum gehe, eine Utopie zu vertreten, in der die Notwendigkeit des Verzichts, gemessen an heutigen konsumptiven Gewohnheiten, nicht verschwiegen werden solle. Gleichzeitig sollten die Appelle der Herrschenden, ihre umweltpolitischen Flickschustereien durch Verzicht oder Belastung der Lohnabhängigen "volksgemeinschaftlich" zu finanzieren, schroff abgelehnt werden (S.215). Die Gegenfrage an die Autoren wäre dann allerdings, wo denn für sie die Flickschusterei aufhört, d.h. ob sie einer kapitalistischen Regierung, die versucht auf kapitalistischer Basis konsequent umweltschützend vorzugehen, zur Durchführung eines Verzichtsprogramms nicht doch ihre Unterstützung geben würden. Diese entscheidende Frage danach, ob sie sich damit letztlich einer kapitalistischen Krisenabwälzung von der Bourgeoisie auf die übrige Bevölkerung doch nicht widersetzen würden, lassen sie sicherheitshalber offen. Vermutlich würde den beiden aber kein Unrecht getan, wenn man unterstellt, daß sie die Frage der Unterstützung einer solchen Regierung tatsächlich bejahen.

In der Konsequenz dieser Unklarheit bleiben deshalb auch die Folgen der von den Autoren im Anschluß entwickelten Kritik der kapitalistisch bestimmten Bedürfnisse letztlich ungeklärt, jedenfalls wenn man von ihrer allgemeinen Äußerung einmal absieht, daß eine selbstbestimmte Gesellschaft die Überwindung des Eigentums an den Produktionsmitteln voraussetzt (S.240).

GRÜNE ZUKUNFT?

Die Zukunft der Grünen und der Weg zur Rettung der Natur als Lebensbedingung des Menschen kann, so fordern Ebermann/Trampert, nur in einer "mutigen und radikalen Politik gegen das hier herrschende System" liegen (S.243). Neben Friedensbewegung und Kampf

gegen materielle Not seien Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung, Bürgerinitiativbewegung und die Kritik an der den Menschen verstümmelnden Technologie und Maschinerie tauglicher für die politische Polarisierung der Gesellschaft als das "recht abstrakte Streben nach Umwälzung der Staatsmacht und Enteignung der Produktionsmittel" (S.254).

Besteht also das Mutige und Radikale in der von Ebermann/Trampert vorgeschlagenen Politik darin, die Bewegungen mit ihren Tagesforderungen und weitergehenden Forderungen in einen Gegensatz zum Ziel einer Umwälzung zu setzen? Wissen die beiden wirklich nicht, daß es einen solchen Gegensatz in revolutionärer Strategie und Taktik gar nicht gibt, sondern daß der Weg des Kampfes um Tagesforderungen und das Ziel der antikapitalistischen Umwälzung untrennbar zusammengehören? Leider ist derartige Blödsinn nicht neu, sondern gehörte besonders zu den reformistischen Kochrezepten der SPD, mit denen sie ihre Anhänger durch die Lüge vom abstrakten Revolutionarismus an ihre Politik zu binden versuchte. Die SPD hat bekanntlich mit Systemumwälzung, dem bloßen "Fernziel", praktisch nichts im Sinn gehabt, außer in Form folgenloser Sonntagsreden (mit dem Godesberger Programm ist allerdings auch das aus der Mode gekommen). Eine unrühmliche Perspektive für unsere ökosozialistischen Konzeptionierer.

Nur schade, daß Ebermann/Trampert sich mit ihrem bedeutenden Vorgänger in dieser Argumentationsmethode nicht näher auseinandersetzen. So lassen sie vornehm offen, ob sie sich selbst auch bereits als Reformisten verstehen oder nicht. Es gerät ja zunehmend in Mode, auch diese Tabugrenze zu überschreiten, für viele ist andererseits die Schamfrist offenbar noch nicht verstrichen. Aber da werden sich sicher Wege finden lassen, z.B. wenn man diese Politik dann einfach mutigen und radikalen Reformismus nennen würde. Da Papier ja geduldig ist, fällt der schreiende Widerspruch zwischen der Taktik des Reformismus und den ihm zugeschriebenen Attributen vielleicht gar nicht so auf.

Und wer weiß denn heutzutage noch, daß Reformismus nicht einfach Kampf für Alltagsforderungen und ihre Durchsetzung, verbunden mit Wünschen auf langfristige Veränderungen bedeutet. Sondern daß Reformismus darüber hinaus Methode zur Reparatur und Erhaltung des kapitalistischen Systems bedeutet, Integration der Führer in die herrschende Klasse, Teilzugeständnisse, sich an die Spitze von Bewegungen setzen, um sie abzubiegen, zu betrügen, zu demobilisieren und schließlich total zu demoralisieren. Das Ergebnis von 15 Jahren sozialdemokratischem Reformismus war der Faschismus (die Politik der KPD ist daneben nur die Ursache Nr. 2). Noske ("einer muß der Bluthund sein") war am Anfang, Zörggibel (sozialdemokratischer Polizeipräsident in Berlin, verantwortlich für

den Blutmai) war 1929, auch diese Leute gehören zum Reformismus. Das muß wissen, wer heute Reformismus wieder marktfähig machen will, aber auch, wer Ansichten verbreitet, die zentrale Elemente des reformistischen Argumentationsmusters sind.

Sicher muß man Ebermann/Trampert zugute halten, daß sie sich gegen die hessischen Koalitionshänger wenden. Mit Recht kritisieren sie an ihnen, daß diese den Grünen als Kraft, die etwas verändern will, jede mittelfristige Perspektive rauben, und zwar schon auf der Ebene der Durchsetzung von Reformen (S.268). Ein Ausstieg aus der Atomenergie wurde nicht erreicht, grundlegende Weichenstellungen lassen sich so nicht durchsetzen, statt dessen aber Geldgeschenke für Alternativ-Projekte oder zur Linderung ökonomischer Not. Letztlich würden sich die Unterschiede zwischen Grünen und SPD verwischen, vorgegaukelte Wandlungen würden von den Grünen "bestätigt", statt Mobilisierung würde auf staatspolitische Vernunft und parlamentarischen Kompromiß orientiert. Die Grünen würden zur "reputierlichen Wahlpartei" (S.268). Richtig wäre dagegen eine Orientierung auf eine Politik der Opposition oder Tolerierung, der schonungslosen Enthüllung und optimalen Mobilisierung, die Differenzen zur Regierung zu betonen, für eigene Initiativen zu kämpfen und inhaltsleere "Verantwortung" zu verweigern (S.269).

Andererseits wären Ebermann/Trampert umgekehrt zu fragen, wann denn für sie eine Verantwortung anfängt, nicht mehr "inhaltsleer" zu sein. Liegt ihre Grenze tatsächlich erst bei der Vorbereitung einer wirklichen Umwälzung oder nicht doch schon viel früher?

Weiter schreiben sie, es gäbe keine wirklich emanzipatorische Politik, die sich über den Staat verwirklichen könne. Denn es gebe nur zwei Alternativen: Entweder Erringung der Staatsmacht, also politische Gestaltung "von oben", gegen gesellschaftliche Selbstorganisation, oder den Kampf für die Entfaltungsmöglichkeiten der Massenbewegungen und damit nicht um die Staatsmacht, sondern um die schrittweise Beseitigung staatlicher Herrschaft (S.270). Sie behaupten also, allein durch die Entfaltung der Massenbewegung würde der Staat schrittweise zurückweichen und Funktionen aufgeben.

Es gehört schon eine ganze Portion Blauäugigkeit zu dem dem Glauben, daß die Bourgeoisie sich die Staatsmacht brav Salami-Scheibe für Salami-Scheibe wegnehmen ließe. Auch dieser reformistische Unsinn ist nicht neu, sondern schon längst einmal von den Sozialdemokraten vorgekaut worden. Es ist dies die alte naive Vorstellung, man könne das Revolutionsproblem dadurch umgehen, daß der Machtwechsel schrittweise stattfindet, hier allerdings noch verschönt mit der Theorie, daß eine sozialistische Gesellschaft sofort ohne Staatsmacht auskommen könnte und nicht erst einmal einen staatlichen



Begründung des Deutschen Bundestages

Apparat eine bestimmte Periode lang bräuchte. Wie wenn die andere Seite sich einen solchen schrittweisen Prozeß gefallen ließe und nicht blutig zurückschlagen würde! Diese Illusionen sind schon zu oft schrecklich widerlegt worden. Die Methode dagegen, die Staatsmacht einfach unter kapitalistischen Verhältnissen schrittweise zu "übernehmen", ist gestandenen Sozialdemokraten ein leichtes, nur leider mit dem Nebeneffekt, daß die Sozialdemokratie dabei bestens in den Staatsapparat integriert wurde. Dies löst aufgrund seiner Harmlosigkeit natürlich nicht unbedingt eine massive Gegenreaktion der Bourgeoisie aus. Denn mit Umwälzung hat diese Integration in den Staatsapparat nichts zu tun, wie die sozialdemokratische Geschichte dies beispielhaft demonstriert hat.

Es mag ja schon sein, daß Ebermann/Trampert diesen weiteren Weg gar nicht gehen wollen, obwohl sie ihn vorprogrammieren. Aber welcher Weg bleibt ihnen dann, wo sie eine revolutionäre Erringung der Staatsmacht ja gerade nicht wollen? Nur am Rande sei hierzu noch bemerkt, daß eine revolutionäre Übernahme der Staatsmacht in keiner Weise, wie das die Autoren behaupten, gegen gesellschaftliche Selbstorganisation gerichtet ist, sondern diese tatsächlich fördern muß, teilweise sogar erst ermöglicht. Insgesamt erweisen sich die beiden Schreiber deshalb auch in der Frage der Staatsmacht als moderne Anwender sozialdemokratisch-reformistischer Argumentationsmuster.

Dem entspricht ihre Auffassung vom Parlament, wo sie das revolutionäre Verständnis als bloße "Tribüne des Klassenkampfes" explizit ablehnen. Statt dessen soll es zentrales Organ für die Bildung des politischen Willens in und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften sein und in ihm sei "ernsteste" (?) Parlamentsarbeit nötig. Sogar die emanzipatorischen Bewegungen sollen sich auch in den Staatsorganen, also auch im Parlament entwickeln (S.271) (vielleicht sogar in der Regierung?).

Die Autoren können nicht verstehen, daß das politische Kräfteverhältnis in der Gesellschaft selbst entschieden wird, durch die faktische Macht des Kapitals, durch die Existenz des staatlichen Gewaltausübungs- und Verwaltungsapparats, durch die öffentliche Meinungsindustrie, durch vom Kapital mehr oder weniger stark beeinflusste oder beherrschte Institutionen und Verbände und schließlich erst durch gesellschaftliche Gegenbewegungen und eventuell ihre Organisationen. Dieses so entstehende Kräfteverhältnis wird in Parlament und Regierung lediglich umgesetzt, politische Willensbildung wird im Parlament nur noch vollstreckt und in Einzelentscheidungen konkretisiert. Wer glaubt, durch geduldige Überzeugungsarbeit Abgeordnete anderer Fraktionen zur Einsicht in die Richtigkeit der eigenen Ideen und Vorschläge bringen zu können, hat das Wesen bürgerlicher Parteien und ihr Kalkül nicht begriffen, sondern wird sich dort mit allerlei "ernstestem" Gekugel verzetteln und integrieren lassen. Wenn es gelegentlich einmal gelingt, in einer Frage einzelne Abgeordnete zu verunsichern, so drückt sich auch in solchen Effekten nur das gesellschaftliche Kräfteverhältnis aus, dessen Veränderungen die vielfältigsten parlamentarischen Winkelzüge erzeugen können.

Natürlich bedeutet umgekehrt das Verständnis des Parlaments als Tribüne des Klassenkampfes nicht, daß man sich an der Durchsetzung bestimmter Entscheidungen, die tatsächliche Zugeständnisse bedeuten, auch unter Ausnutzung von parlamentarischen Mehrheiten nicht beteiligen sollte. Das Entscheidende besteht nur eben darin, dies mit den dadurch sich ergebenden Kontakten mit anderen im Parlament vorhandenen Kräften nicht zum eigentlichen zentralen Zielpunkt politischen Handelns im Parlament zu machen. Ziel muß vielmehr die gesamtgesellschaftliche Veränderung des Kräfteverhältnisses bleiben, d.h. das Parlament mit den dort vorhandenen Möglichkeiten zur verstärkten Aufklärung und Mobilisierung zu nutzen. Denn dieser Weg ist der einzige, der wirklich der nachhaltigen Durchsetzung tagespolitischer Forderungen dient und auch allein die Möglichkeiten zu einer revolutionären Umwälzung verbessern könnte.

Es bleibt dann noch die weitere Frage, ob die Autoren sich denn die von ihnen doch verbal anvisierte Umwälzung der Produktionsverhältnisse ebenfalls als durch

einen ganz friedlichen und gewaltfreien Akt parlamentarischer "Willensbildung" durchzusetzen vorstellen. Es ist nicht unbedingt davon auszugehen, daß sich diese Frage für die beiden dadurch beantwortet, daß sie die Staatsmacht ja eigentlich gar nicht wollen. Ebenso wäre vorstellbar, daß sie die Frage nach einem friedlichen und gewaltfreien parlamentarischen Übergang gerne bejahen möchten, es sich aber noch nicht ganz trauen. Ein Problem einfach wegzulassen hat halt den Vorteil, wegen einer solchen von der Geschichte schon allzu oft praktisch widerlegten reformistischen These nicht noch einen zusätzlichen Ansatzpunkt zur Kritik offenzulegen.

Angesichts dieser Orientierung ihrer parlamentarischen Aufgaben wird den Ebermann/Tramperts ihr Rezept gegen parlamentarische Integration, nämlich Rotation, imperatives Mandat und Anbindung an außerparlamentarische Aktivitäten, deshalb auf Dauer nur wenig helfen. Dem Druck des massiv auf Regierungsbeteiligungen orientierenden und nach rechts drängenden Flügels der Grünen läßt sich mit einem solchen Standort, der aus durch und durch reformistischen Positionen besteht, nicht wirksam Widerstand leisten.

Denn der Text von Ebermann/Trampert stellt eben nicht nur den Versuch einer Formulierung einer sozialistischen Konzeption innerhalb der grünen Partei dar. Vor allem bedeutet er eine Anpassung an die Positionen der nicht sozialistisch orientierten Mehrheit der Grünen, indem die Autoren von der von ihnen früher vielleicht noch mit vertretenen revolutionären Strategie für eine sozialistische Umwälzung abgerückt sind und so auf ihre Art einen gegen revolutionäre Strategie gerichteten allgemeinen grünen Grundkonsens mit gefestigt haben.

Die Herausbildung einer wirklich konsequenten und gegenüber sozialdemokratischer Aufsaugungstaktik mittel- und langfristig überlegenen sozialistischen Parteialternative ist durch diese niedergelegte Konzeption von Ebermann/Trampert nicht erleichtert, sondern erschwert worden.

DIE GRÜNEN UND IHRE NATION (Fortsetzung von Seite 18)

Aber: Sicher ist sicher. Der Bundesrepublik werden "territoriale Verteidigungskräfte" zugestanden, denn es "muß jedem kriegerisch gesonnenen Nachbarn deutlich sein, daß es Deutschland nicht in einem 'militärischen Spaziergang' oder 'Blitzkrieg' unterwerfen kann."

Die vaterländischen Alternativen geraten über die zukünftigen, "mit modernen Abwehrwaffen, Transportmitteln und einem dichten Nachrichtennetz ausgestattete(n)" künftigen "Verteidigungskräfte" ins Schwärmen. Doch ohne Fleiß kein Preis: "Diese Aufgaben einer integrierten Verteidigung sind lange vor dem Ernstfall (?!) einzuüben."

Ja, und wenn die mißtrauischen westeuropäischen Nachbarn mitziehen würden, wäre sogar "die vorübergehende Einbeziehung der britischen und französischen atomaren Zweitschlagskapazität in ein solches Konzept" möglich. Ärgerlicherweise kommen bei denen engstirnige "nationale Interessen zum Vorschein." Denn so gerne Mitterrand Polen von Walesa und dem Heiligen Vater regiert sähe, so wenig kann er sich für ein Großdeutschland erwärmen: "Die französische Kritik an den Folgen von Jalta und der französische Wunsch, das 'Staatsystem von Jalta' zu überwinden, bleibt deklamatorisch: Wer die Teilung Europas überwinden will, kann die Teilung Deutschlands nicht ausklammern."

Die Frage bleibt natürlich, ob sich 'der Russe' solch raumgreifende Perspektiven gefallen läßt. Immerhin gibt es einen historischen Präzedenzfall: Das sowjetische "Interesse an militärischer Verdünnung ihrer westlichen Flanke ... hat 1952-55 mehrfach zum Angebot geführt, ein kapitalistisches, neutrales Gesamtdeutschland zu akzeptieren, wenn auf die militärische Westintegration der Bundesrepublik verzichtet würde." Zwar ist es "fraglich, ob ein solches Angebot heute erneut gemacht würde." "Andererseits sind beide Weltmächte 'Supermächte in Bedrängnis', die ganz Europa nicht beherrschen können und bereits mit ihrer jeweiligen Einflußsphäre in Schwierigkeiten geraten sind. Die Chancen, europäische Interessen deutlich zu äußern und darüber die Supermächte zu Zugeständnissen, zur Duldung von eigenständigen Entwicklungen und zu einem Interessenausgleich zu bewegen, sind zumindest größer als in den 50er Jahren."

Und man ist ja bescheiden: "Die Arbeitsgruppe für Berlin- und Deutschlandpolitik in der AL strebt keine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 an."

Trotz so viel dankenswerter Offenheit läßt die oben genannte AL-Broschüre (der alle nicht gekennzeichneten Zitate entnommen sind) eine Frage offen. Die Autoren bringen es fertig, sich auf 149 Seiten über Wohl und Wehe ihres deutschen Vaterlandes auszubreiten, ohne ein Wörtchen darüber zu verlieren, welches *Gesellschaftssystem* das künftige Gesamtdeutschland haben soll, das unter Force de Frappe - Schutz und mit Anknüpfen an die Strategiedebatten der

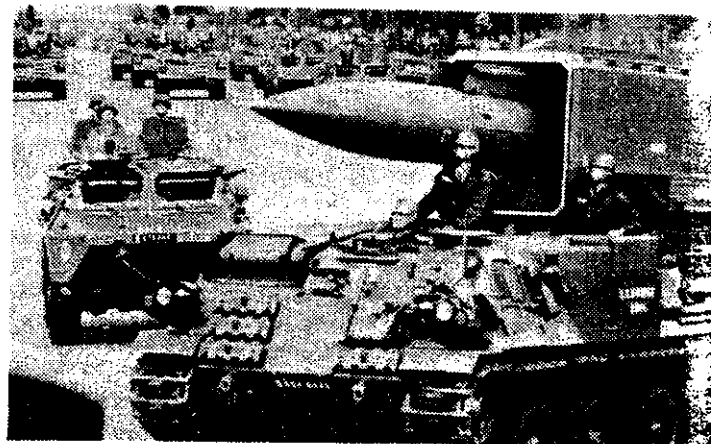
Bahr und Wörner angegangen werden soll.

Merkwürdig unbestimmt heißt es nur: "Die schlichte Forderung nach 'Wiedervereinigung' in seinem bürgerlichen (in Frieden und Freiheit) wie seinem revolutionär-sozialistischen ('unter der Fahne der Arbeiterklasse') Inhalt ist eher geeignet, die gegenwärtige Blockierung von nationaler und sozialer Fortentwicklung abzustützen als zu durchbrechen: ohne Etappenlösungen, ohne taktische und 'historische' Kompromisse keine Veränderung." Aber natürlich haben diese ALer ihre Wahl schon getroffen, wenn sie eine "nationale Interessengemeinschaft" propagieren und darauf setzen, daß die DDR-Bevölkerung "der Ausbildung und den Einsatzübungen gegen den 'Klassenfeind', den sie eher als Deutschen 'drüben' empfinden", ablehnend gegenübersteht.

Unser Tip: ein bißchen Ökobank, ein bißchen Dresdnerbank ...

Die Grünen, diese unartigen Kinder der sozialliberalen Koalition, kommen in die Jahre und wollen ihre Vorstellungen von 'politischer Kultur' endlich nicht nur in ökologischen Nischen, sondern auf Ministersesseln verwirklichen. So z.B. Peter Brandt, Mitautor der AL-Broschüre, der über seine linksradikalen Jugendsünden schon lange Jahre hinaus ist, und nun in die staatsmännischen Fußstapfen seines Vaters Willy tritt.

Eines haben diese Leute aber offensichtlich noch nicht kapiert: Wer in der Bonner oder Berliner Politik etwas werden will, muß sich nach 'seriösen Partnern' umsehen. Statt dessen konnte es die Berlin-AG nicht lassen, sich im Juli vergangenen Jahres mit dem Nationalrevolutionär Eichberg zu einem Plauderstündchen über nationale Identität zu treffen.



Alternativ-Nationalisten: "Vorübergehende Einbeziehung der britischen und französischen Zweitschlagskapazität" (Foto: Französische Atomrakete)

Das ging nicht nur einer jüdischen Gruppe, sondern auch einigen ALern zu weit, die gegen die 'politisch-spiritistische Gruselsitzung' (SPD) protestierten. Wenn wir rechtzeitig von dem Auftritt dieses Strasser-Faschisten erfahren hätten, hätten wir versucht, gemeinsam mit Linken, Gewerkschaftern, Türken und Juden die Veranstaltung zu *verhindern*. Immerhin werden die Nationalrevolutionäre von Nazi-Führer Kühnen geschätzt, "weil sie es schaffen, ... den Graben zwischen sogenannten Linken und Rechten aufzuweichen."

Vielen ALern ist dieses grüne Band der Sympathie unheimlich; sie erschrecken, wenn Nazi-Kühnen verkündet:

"Die Linke und die nationale Frage - Peter Brandt - all diese Dinge, das sind also Entwicklungen, die mir sehr sympatisch sind, und aus diesen Gründen würde ich also gerne mit diesen Kräften in Kontakt kommen und in Gespräch kommen" (Rede Frühjahr '83, wörtlich zitiert nach Rundfunksendung).

Aber sie schaffen es offensichtlich noch nicht einmal, einen Ausschlußantrag gegen das AL-Mitglied Roland Wehl durchzubekommen. Dieser Typ, der sich nach Mitgliedschaft in den 'Jungen Nationaldemokraten' und der Nazi-Gruppe 'Sache des Volkes' offenbar unausgelastet fühlt, bekam sogar die Seiten der 'Stachligen Argumente' zur Verfügung, um zu begründen, "Warum ich als Mitglied der AL die Mitarbeit bei der Zeitschrift 'Wir Selbst' für wichtig halte" (St. Ar. Nr.32, Mai '85).

Die Entspannungspolitiker in der AL

"Es wäre an der Zeit, die beiden Deutschländer nicht länger in 'gut' und 'böse' zu sortieren, jeweils nach dem politischen Standpunkt."

Dirk Schneider ('St. Ar.', Nr. 28, September 1984)

Leute, die sich gegen die deutschnationalen Töne in der AL aussprechen, haben es nicht leicht. So wird Dirk Schneider nicht nur AL-intern als 'Russenknecht' und 'Ständiger Vertreter der DDR in der Fraktion' diffamiert (St. Ar. Nr 32). Seine Ansicht, das Offenhalten der deutschen Frage sei friedensbedrohend, wurde sogar in einer AL-Erklärung als "unqualifiziert" und "selbstherrlich" abgekanzelt ('taz', 21. 9.84).

Die AL ging bekanntlich 1981 zusammen mit der CDU für Solidarność auf die Straße. Da macht sich Schneider natürlich unbeliebt, wenn er schreibt:

"Sowohl die Solidarność-Leute von KOS (Komitee für gesellschaftlichen Widerstand, d.V.) als auch der sowjetische Friedensnobelpreisträger (Sacharow, d.V.) halten Pershing 2 und MX-Raketen für unerlässlich" (St. Ar. Nr.28).

Wir können ihm auch nachfühlen, wenn ihm angesichts des Alternativpatriotismus der Kaiser-Wilhelm-Spruch 'Ich kenne nur noch Deutsche' einfällt.

Aber auch er verläßt nicht den grünen Konsens eines blockfreien dritten Weges zwischen den Systemen, sondern ergänzt ihn nur durch sozialdemokratische Entspannungspolitik. So schreibt er:

"Wer über Berlin nachdenkt, braucht eine Antwort auf die deutsche Frage. ... Berlin könnte tatsächlich eine 'nationale Aufgabe' übernehmen, indem es als Brücke zwischen beiden deutschen Staaten vermittelt und einer Politik der Versöhnung Vorrang gibt."

Die antikommunistische Frontstadt als Friedensinsel? Auf welcher sozialen Basis soll denn die 'Versöhnung' zwischen den beiden deutschen Staaten stattfinden?

Gerade die sozialliberale Entspannungspolitik hat dazu geführt, daß Länder wie Polen heute Schulden in Drittwelthöhe an die Deutsche Bank haben. Sie führte auch zu neuen Illusionen in die Friedlichkeit des westdeutschen Imperialismus, in Osteuropa, der DDR und in der Bundesrepublik selbst.

So wird in einem von der AL abgedruckten Papier aus der DDR-Friedensbewegung formuliert: "Es kann davon ausgegangen werden, daß weder das sozialistische Bündnis, noch die kapitalistischen Staaten ein Interesse daran haben können, einen Staat des anderen Staatentyps aus dessen Bündnissystem aggressiv herauszulösen."

Die hehren Leitziele der Schneiderschen Deutschlandpolitik: "Verständigung, Entspannung, Sicherheitspartnerschaft, Abrüstungsspirale" verstärken nur diese Illusionen.

Sozialisten verteidigen die Planwirtschaft in DDR und Ost-europa höchst 'einseitig' sowohl gegen US-Erstschlagspläne als auch gegen die sozialdemokratische 'Wandel durch Handel'-Politik. Sie verteidigen diese unabhängig von und gegen die Bürokraten wie Jaruzelski, der sich den Bedingungen des Internationalen Währungsfonds beugt, und die vom Vatikan organisierte Aufpöppelung der privaten Landwirtschaft Polens begrüßt.

Dirk Schneider dagegen kritisiert an der Berlin-AG, daß "sie das Schöne vor das Machbare" setzt. Ihm geht es bei der geforderten Anerkennung der DDR nur darum, Fakten zu akzeptieren. Ähnlich hat die sozialliberale Ostpolitik zunächst den Schutz der Hallstein-Doktrin weggeräumt, die den Handlungsspielraum des westdeutschen Imperialismus nur noch behinderte.

Es ist schon bezeichnend, wenn in der AL-Diskussion als Argument für die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft folgendes ins Feld geführt wird: "Das Beharren der DDR zeugt eher von Minderwertigkeitskomplexen, wirkliche (!) Vorteile bei Erfüllen der Geraer Forderungen sind nicht erkennbar." (St. Ar. Nr. 28)

Die ganze AL-Debatte erinnert verdammt an die zwei historischen Varianten der SPD-Deutschlandpolitik.

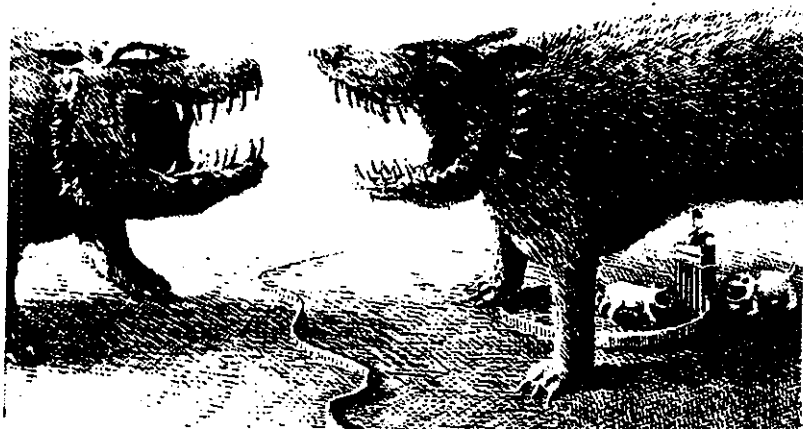
In der Tradition der Sozialdemokratie

“Die kontroverse Debatte zwischen Verfechtern der Entspannung im Sinne eines ‘Wandels durch Annäherung’ und Exponenten einer weitergehenden Konzeption der Blockauflösung ist deshalb in außenpolitischer Hinsicht weniger ein Zielkonflikt als ein Methodenstreit.”

(P. Brandt/D. Lehnert, in “Deutsche Fragen - Europäische Antworten”)

Nach dem 2. Weltkrieg trat die SPD zunächst gegen die bedingungslose Westbindung durch Adenauer auf. Schumacher warf diesem vor, nicht auf die Stalin-Note eingegangen zu sein, die ein ‘neutrales’ kapitalistisches Gesamtdeutschland vorschlug.

Während Schumacher verbal bereit war, für eine kapitalistische Wiedervereinigung das Sicherheitsbedürfnis der SU zu berücksichtigen, ließ er keinen Zweifel daran, wie er mit der von ihm als “rotlackierte Nazis” beschimpften SED verfahren wolle. Ihm ging es um ein Deutschland in den Grenzen von 1937. So bezeichnete er das Gebiet jenseits von Oder und Neiße als das “verwüstete Niemandsland, auf dem kein Halm und keine Ähre wächst, das die



AL-Weltsicht: Deutschland - zerrissen zwischen den ‘Blöcken’

Polen weder volklich, noch politisch, noch organisch auszugestalten in der Lage sind, das ist das Terrain, um das wir kämpfen.”

Der 17. Juni 1953 veränderte die politischen Grundlagen, auf denen die SPD-Ostpolitik bisher gefußt hatte. Zwar enthüllte dieser antibürokratische Arbeiteraufstand auch die starken in der DDR vorhandenen Illusionen in die Sozialdemokratie. Während sich die SPD-Führung aber freuen konnte, daß die großteils aus Westberlin eingedrungenen antikommunistischen Gruppen auf dem Alexanderplatz rote Fahnen verbrannten, mußte sie nervös werden, als auf einer Massenversammlung im Walter-Ulbricht-Stadion eine ‘Metallarbeiterregierung’ gefordert wurde. Als gar Ostberliner Arbeiter ihre Westberliner Kollegen zum Streik aufforderten, reagierte sie mit einem sofortigen Verbot nichtoffizieller Demonstrationen in West-Berlin.

Nach dem 17. Juni und dem Eintritt der BRD in die NATO gab die sowjetische Bürokratie ihre bisherige Politik auf,

die DDR als Faustpfand gegen die NATO-Integration zu benutzen. Damit war den Neutralisierungszielen der SPD zunächst der Boden entzogen. Doch erst acht Jahre später, mit dem Mauerbau, wuchs in der SPD-Spitze die Einsicht, daß mit dem Berliner “Pfahl im Fleische” der DDR (SPD-Reuter) aktuell nicht der Todesstoß gegen die ostdeutsche Planwirtschaft zu führen sei.

Bürgermeister Brandt zog aus der ‘Passivität’ der West-Alliierten die Schlußfolgerung, daß sich die Bundesrepublik nur isoliere, wenn sie sogar die Existenz der ‘sogenannten’ DDR bestreite.

Neue Wege mußten beschritten werden, um den alten Zielen des deutschen Imperialismus näher zu kommen. Dazu war eine Abkehr von der alten Wiedervereinigungsrhetorik vonnöten: “Manches, was als übernächster oder hundertster Schritt zu früh an die Öffentlichkeit getragen wird, erschwert wiederum den nächsten Schritt, der dahinführen soll” (Günter Gaus).

Beide historischen Formen sozialdemokratischer Ostpolitik werden heute innerhalb der Grünen vertreten.

So hat der von P. Kelly angestrebte Aufbau einer grünen Partei in der DDR durchaus einen Vorläufer: das SPD-Ostbüro.

Und die von ihresgleichen bevorzugte Methode, mit Honker nur mit ‘Schwerter zu Pflugscharen’-T-Shirt und Solidarnosc-Button zu verhandeln, führte ebensowenig zu für die Grünen positiven Ergebnissen wie die entsprechende deklamatorische SPD-Politik in den 50ern.

Die linkeren Teile der AL wollen die konsequente Fortführung der SPD-Entspannungspolitik, garniert mit einer “Demokratisierung der Außenpolitik” und “Abrüstungspartnerschaft”, um der “Perspektive einer gesamteuropäischen Friedensordnung” näherzukommen (AL-Wahlprogramm ‘85). Damit bekämpfen sie nicht den deutschen Imperialismus, sondern helfen ihm höchstens alternativ auf die Sprünge. Denn “Entspannungspolitik ist das Mittel, das den europäischen Staaten Gleichberechtigung gegenüber den Nuklearmächten verschafft” - so Egon Bahr, Architekt der ‘Ostpolitik’.

Nur scheinbar in Widerspruch zur von der AL angestrebten ‘Überwindung der Blöcke’ steht die Tatsache, daß die Partei den Abzug der Westalliierten in der überschaubaren Zukunft *ablehnt*. Denn diese garantieren ja, “daß West-Berlin faktisch zum ökonomischen und politischen System der Bundesrepublik gehört” - und nach AL-Meinung auch weiter gehören soll.

Wenn diese ‘Linken’ schreiben: “In ihrer Mehrheit richtet die AL ihre Hoffnungen nicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auf eine Einigung Europas”, so greifen sie nicht nur eine der gängigsten Floskeln bundesdeutscher Politiker auf. Vermutlich ohne sich dessen so recht bewußt zu sein, weiten sie damit die Berlin-AG-Perspektive eines kapitalistischen Gesamtdeutschlands auf ganz Europa aus.

F. O. Wolf, Europaparlamentarier der Grünen, begrüßte jüngst den Wahlerfolg des portugiesischen Präsidenten



Grüne Ostpolitik

Eanes (einer der Totengräber der Revolution) als eine Chance für ein Portugal "von unten" ('taz', 8.10.85). Die polnische Solidarność gilt der AL als Musterbeispiel einer von der 'Blocklogik' unabhängigen Bewegung in Osteuropa. Wer in einem nach AL-Geschmack 'von Portugal bis Polen' vereinten Europa letztendlich das Sagen hätte, läßt sich unschwer erraten.

Für ein Räte-Deutschland in einem sozialistischen Europa !

Nationalitätenfragen sind der sozialen Frage, dem Klassen-gegensatz untergeordnet - nicht nur für uns Kommunisten. Kein Unternehmer würde seine Fabrik, kein bürgerlicher Parlamentarier seine Flick-Gelder der Wiedervereinigung Deutschlands opfern. Ganz im Gegenteil !

CDU-Abgeordneter Harms sprach für seinesgleichen, als er verkündete: "Ich will Bundestagsabgeordneter in Leipzig werden, und ich werde alles daransetzen, daß mein Sohn es einmal für Königsberg wird" ('Spiegel', 11.7.83). Wir werden alles daransetzen, um genau dies zu verhindern. Es bedeutet einen sozialen Fortschritt, daß es in der DDR keine Flicks mehr gibt, die sich ein Parlament halten und Millionen auf die Straße werfen können.

Entsprechend werden wir die grünen Deutschnationalen hartnäckig fragen, *welche soziale Grundlage* denn ihr wiedervereinigtes Deutschland haben soll. Wir werden dies um so hartnäckiger tun, je mehr sie versuchen, dieser Frage auszuweichen oder sie durch Phrasen von einem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Planwirtschaft zu verkleistern.

An die AL insgesamt stellen wir die Frage, warum sie für die Anwesenheit der Alliierten in West-Berlin ist, die den kapitalistischen Status Quo in dieser Stadt garantieren.

Manche Linke in der AL wehren sich lebhaft gegen das "Modell Großdeutschland" (St.Ar. 28) der Berlin-AG. Aber sie weigern sich gleichzeitig, außerhalb des stillen Kämmerleins für eine sozialistische Umwälzung dieser Gesellschaft einzutreten, weil sie damit die Grundlagen ihrer eigenen Partei angreifen müßten.

Ihre Forderung nach Anerkennung der DDR oder Losungen wie 'Schlesien bleibt polnisch' werden, so richtig sie sind, den Revanchezielen des westdeutschen Imperialismus keinen Riegel vorschieben können. Der Imperialismus muß zerschlagen werden, bevor er zum dritten Mal die Welt neu verteilt!

"Zuwenige sind sich darüber im klaren, daß ein 'aufgreifen' der 'nationalen Frage' ein Spiel mit dem Feuer ist, das die Möglichkeit eines Krieges beinhaltet, der doch verhindert werden soll", heißt es in dem Artikel "Modell Großdeutschland. Die Frage ist aber doch,

ob diese 'nationale Frage' besteht. Wenn sie besteht, müssen Sozialisten auf sie antworten. Und sie besteht. Die Gebietsansprüche der deutschen Bourgeoisie sind sogar im Grundgesetz verankert.

Sie besteht in dem Deal Überziehungskredit gegen Asylantenstop in Schönefeld, der Lummer den Bau einer zweiten Berliner Mauer erspart hat. Sie besteht in der Ausrichtung der Fernsehantennen in der DDR. Nicht zuletzt wird sich mancher, der ein allmähliches Abbrechen der Beziehungen zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten erwartete, über die 'gesamtdeutsche' Friedensbewegung gewundert haben. Und damit sind wir mitten im Problem: Wenn Sozialisten nicht die nationale Frage 'aufgreifen', überlassen sie sie den Dreggers, Bahrs - und der Berlin-AG der AL.

Es gehört zum offiziellen Repertoire der Stalinisten zu behaupten, die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hätten in der DDR auch neue Lebensformen und Bewußtseinsinhalte hervorgebracht, so daß von der ehemaligen deutschen Nation nur noch sprachliche Gemeinsamkeiten (wie zwischen England und den USA) bestehen würden. Auch geschichtliche Gemeinsamkeiten beständen nur oberflächlich betrachtet. Während sich die DDR auf die fortschrittlichen Traditionen berufe, feiere man in den BRD-Geschichtsbüchern "die Schlächter der Bauern des Mittelalters, die Hohenzollernsche Reaktion" usw. (Albert Norden, SED, 1972). Warum führt dann die DDR einen so verbissenen, komisch anmutenden Kampf um das 'kulturelle Erbe' von Luther, Bach und Gneisenau? Wäre die DDR tatsächlich aus den Klassenkämpfen der ostdeutschen Arbeiter und Bauern entstanden, so wäre eine solche eigenständige Entwicklung vorstellbar (abgesehen davon, daß dann der Kapitalismus in der Bundesrepublik kaum überlebt hätte!) Aber leider ist die Wirklichkeit nicht so.

Wenn wir Revolutionären Sozialisten die nationale Frage 'aufgreifen', so geht es uns nicht um die 'Kulturation', d.h. um mehr oder weniger schöne Dinge wie Goethe oder Eisbein mit Sauerkraut. Unter diesem klassenübergreifenden Begriff versteckt sich die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen des Bürgertums.

Die Entwicklung von Nationalstaaten durch die bürgerlichen Revolutionen der letzten Jahrhunderte bedeutete einen historischen Fortschritt gegenüber Kleinstaaterei und Fürstenwillkür. Mit der Ausdehnung des kapitalistischen Weltmarktes wurde diese Nationalstaatlichkeit zur Schranke der allgemeinen Kapitalinteressen (und natürlich erst recht einer sozialistischen Entwicklung).

Gleichzeitig suchen die einzelnen Kapitale besonders in Zeiten der Krise Zuflucht beim bürgerlichen Staat, um durch dessen Hilfe ihre Konkurrenzsituation gegenüber ausländischen Konkurrenten zu verbessern. Äußerste Zuspitzung fand dieser Widerspruch in den beiden Weltkriegen, wo für einige Quadratkilometer 'geheiligten Vaterlandsbodens', d.h. Profitinteressen, Millionen ihr Leben lassen mußten und riesige Kapitalmengen vernichtet wurden.

Alle Illusionen, daß sich unter bürgerlichen Verhältnissen der Gegensatz zwischen den Nationalstaaten allmählich abschwächen könnte, sind daher auf Sand gebaut. Bestes Beispiel dafür ist die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

Die einzige reale Möglichkeit einer bürgerlichen 'europäischen Einigung' wäre die Unterordnung der kleineren europäischen Mächte unter die Interessen der stärksten imperialistischen Länder (aktuell BRD und Frankreich).

Die Parole der Stalinistischen Bürokratie war und ist 'Sozialismus in einem Land', d.h. Aufrechterhaltung des zerbrechlichen Status Quo, auf dem ihre Herrschaft fußt. Gegen ihre Perspektive des 'sozialistischen Nationalstaates' setzen wir das Ziel der Vereinigten Sozialistischen Staaten und das Absterben des Staates. Um diesem Ziel näherzukommen muß jedoch die Herrschaft bürgerlicher Ideologie gebrochen werden, die die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten spaltet und sie vom Kampf abhält.

In Westdeutschland ist ein wichtiger Ansatzpunkt und Ausdruck dieser Ideologie der 'Geh doch nach drüben'-Antikommunismus. Ein erfolgreicher 17. Juni, der Sturz der ostdeutschen Bürokratie und die Räte-Herrschaft der Arbeiterklasse würde eine tödliche Gefahr für das westdeutsche Bürgertum bedeuten.

Das Problem ist, daß sich in den 32 Jahren stalinistischer Herrschaft seit dem Arbeiteraufstand das Bewußtsein in der DDR nicht in diese Richtung entwickelt hat, sondern im Gegenteil die von der protestantischen Kirche gestützte 'Schwerter zu Pflugscharen'-Bewegung zu einem utopisch-pazifistischen 'dritten Weg' tendiert. Nicht zufällig neigt offensichtlich ein großer Teil der DDR-Grünen zu Vorstellungen, wie sie von der Berlin-AG vertreten werden. Da helfen auch "Bleibe im Lande und wehre dich täglich"-Sprüche von Dirk Schneider

nicht. Gerade in der DDR wird deutlich, daß Sozialisten der nationalen Frage nicht ausweichen dürfen. Nur wenn sie den gegen die DDR gerichteten Antikommunismus offensiv bekämpfen und den Gegensatz zwischen stalinistischer bürokratischer Herrschaft und der verteidigungswerten sozialen Basis (Planwirtschaft) erklären, gibt es eine Chance für eine antikapitalistische Massenbewegung hier.

Nur wenn sie die um sich greifenden Neutralitätsbestrebungen offensiv mit der Perspektive eines sozialistischen Deutschlands bekämpfen, gibt es eine Chance, zu verhindern, daß Teile von Grünen und SPD so pazifistische Gefühle für bürgerliche Zwecke kanalisieren. Wir sind außerdem deshalb für eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem sozialistischen Rätedeutschland weil wir Sozialismus in einem halben Land oder einer halben Stadt für unmöglich halten. Ebenso sind wir für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa, weil Sozialismus in einem Land angesichts der heute erreichten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtung eine reaktionäre Utopie bedeutet. Um diesem Ziel näher zu kommen, müssen alle Errungenschaften gegen das Bürgertum verteidigt werden: die Planwirtschaft in der DDR ebenso wie demokratische Rechte und gewerkschaftliche Organisation hier. Gleichzeitig muß der Kampf für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände, für volle Staatsbürgerrechte von Ausländern, gegen den NATO-Kriegskurs usw. organisiert werden. Eine revolutionäre Partei ist heute nötiger denn je. Wir machen uns keine Illusionen darüber, wie schwierig diese Ziele zu erreichen sind. Aber es lohnt sich, für sie zu kämpfen. Viele Linke Grüne haben mittlerweile die Nase voll von den undemokratischen Strukturen ihrer Partei, vom Schielen auf Ministersessel, von den nationalistischen Phrasen. Mit ihnen würden wir uns gerne einmal unterhalten.

Bedenken(swertes)

Der Artikel mündet in der Zielsetzung einer "Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem sozialistischen Rätedeutschland".

Auch wenn diese Zielsetzung bei dem Verfasser des Artikels nicht das Geringste an nationalistischem Beigeschmack enthält, so meint doch ein Teil unserer Gruppe, daß gegen diese Ausrichtung (zumal wenn sie in einer Losung zusammengefaßt würde) sich folgende Einwände vorbringen lassen:

1. Die Nationalstaaten im imperialistischen Europa haben ihre progressive Funktion (Herstellung des Binnenmarktes, Weltmarkt etc.) längst erfüllt, sind zu einer ökonomischen und politischen Fessel der Emanzipation geworden. Die Frage ist also, ob an die Forderung nach nationaler Einheit überhaupt noch progressiv angeknüpft werden kann (von Sonderproblemen, wie z.B. Irland und den neokolonialen Ländern, sehen wir hier ab). Eine sozialistische Revolution im imperialistischen Europa muß zweifellos die Auflösung der Nationalstaaten traditionellen Gepräges nach sich ziehen. Vereinigte sozialistische Staaten Europas werden sicherlich das nationalstaatliche Erbe übernehmen müssen, aber zugleich bedeutet das Absterben des Staates auch, daß viel eher regionalen, kulturellen, sprachlichen etc. Besonderheiten Rechnung getragen werden muß. Inwieweit hierbei eine Zusammenfassung beider deutscher Staaten sinnvoll wäre, ist jetzt letztendlich nicht beantwortbar.

2. Der deutsche Nationalstaat war historisch gesehen nur eine (schreckliche) Episode von 74 Jahren. Geschaffen mit Blut und Eisen im Krieg gegen Frankreich 1870/71, schon bei seiner Geburt belastet mit Hilfe an der Niederschlagung der Pariser Kommune, an der Entfesselung des I. und II. Weltkrieges wesentlich beteiligt und mit der faschistischen Terrorisierung Europas endend. Diese Geschichte hat u.a. tiefe Spuren im Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung Europas hinterlassen. Muß nicht eine wie auch immer formulierte Forderung nach Wiedervereinigung angesichts dieser Geschichte Deutschlands als Bedrohung empfunden werden? Der Hinweis auf den sozialistischen Charakter eines angestrebten deutschen Nationalstaates hilft hier wenig. Die deutsche Arbeiterklasse war weder in der Lage den I. Weltkrieg, noch die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern. **Zumindest** solange die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit nicht per Klassenkampf praktisch ihren Internationalismus unter Beweis stellt, wird die Forderung nach einem wiedervereinigten Deutschland von höchst zweifelhafter Auswirkung auf das Bewußtsein der europäischen Arbeiterklasse sein.

3. **Schlußfolgerung:** Die deutsche Arbeiterklasse muß die Erblast der deutschen Bourgeoisie (Zerstörung des

Nationalstaates) akzeptieren, d.h., um das berechtigte Mißtrauen der Werktätigen Europas gegen ein wiedervereinigtes Deutschland zu beseitigen, kann sie eine solche Wiedervereinigung nicht zum Ziel ihrer Politik machen. Es geht um die sozialistische Revolution in der BRD und um die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas (und in diesem Rahmen ist die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands überflüssig). Das schließt nicht aus, über die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR hinaus, für einen Modus vivendi einzutreten.

V.i.S.d.P. :
H. Meyer, Postlagerkarte 00 64 19 B
1000 Berlin 61

DIE GRÜNEN UND IHRE NATION

“Hauptvertreter einer deutschen Unabhängigkeit von ‘den Supermächten’ sind die Grünen und Alternativen. Während auch sie den Vorteil genießen, sich als Oppositionsparteien allerlei utopische Grillen erlauben zu können, machen sie im Kern doch klar, daß sie aus uneigennützigem Nationalismus die ‘Nachrüstung’ ablehnen.”
(‘Oktober’ Nr.3, April 1982)

Als wir vor gut drei Jahren diese Zeilen schrieben und voraussagten, daß die Friedensbewegung, statt die Pershings zu verhindern, dem deutschen Nationalismus Auftrieb geben würde, befanden sich die Grünen noch in ihrem Wonnemond.

Inzwischen haben sie einige ihrer utopischen Grillen ad acta gelegt und schücken sich an, zu einem stinknormalen linken Mehrheitsbeschaffer für die SPD zu werden.

Die Schilys und Vollmers beginnen sich in dieser Lage zwischen 5%-Klausel und Ministersessel einzurichten, machen sich Sorgen um das staatliche Gewaltmonopol und gehen mit unserem armen Bundeskanzler wegen Ausverkaufs deutscher Interessen an die Amis hart ins Gericht.

Die linke und die rechte Variante des neuen deutschen Nationalismus konkurrieren nicht nur miteinander. Sie sind auch wie ein System kommunizierender Röhren miteinander verbunden. So fragt sich ‘Spiegel’-Herausgeber und Friedensfreund Augstein anlässlich des 8.Mai, “warum wir feiern sollen”. Ihm wäre “woher, wenn die Stunde Null von Eisenhower und Montgomery bis an die heutige polnische Westgrenze, bis an Oder und Neiße herangetragen worden wäre.” (7.1. und 29.4.85)

Auf der anderen Seite hat die konservative ‘Frankfurter Allgemeine’ offensichtlich die Diktion von SPD und Grünen übernommen, als sie US-Kritik an Bitburg mit der Bemerkung konterte, die Deutschen seien nicht die “Vasallen” Amerikas.

Es ist kein Zufall, daß die Mobilisierungen gegen Schlesierstag, Bitburgbesuch oder die jüngst bekannt gewordene Atombombenübung bundesdeutscher Politiker verschwindend gering sind, vergleicht man sie mit den Hunderttausenden, die gegen die Stationierung US-amerikanischer Raketen auf die Straße gingen. Zwar gehört das ‘Deutschland in den Grenzen von 1937’ genauso zu den antisowjetischen Kriegsvorbereitungen wie die Pershing 2. Aber manchen Grünen fällt zu letzteren nur ein, daß die arme BRD “vorgelegerte Kolonie” der Amis sei (Kelly), während den “Schlesien bleibt unser”-Parolen mit dem denkwürdigen Argument begegnet wird, sie “festig(t)en die sowjetische ‘Schutzherrschaft’ über Polen” (Stachlige Argumente Nr.32).

Kein Wunder, daß da Lob von unerwarteter Seite kommt. So bemerkt die Zeitschrift ‘Wir Selbst’:

“Es gibt aber auch jene Richtung in der deutschen Friedensbewegung, in der Alternativströmung insgesamt, deren innerster Kern ein deutscher Nationalismus ist” (12/83-1/84).

‘Wir Selbst’ ist Sprachrohr der Nationalrevolutionäre, die in der Tradition des Strasser-Flügels der NSDAP stehen...

Nachdem der Grünen-Landesverband Westberlin wegen Nazi-Unterwanderung aufgelöst werden mußte, sind die Grünen in Sachen Nationalismus etwas vorsichtiger geworden. Aber die deutschlandpolitischen Konzepte, wie sie vom linken Parteiflügel vorgetragen werden, sind weißgott nicht sozialistisch. Statt dessen lehnen sie sich an die Entspannungspolitik der SPD an. Doch dazu später.

Die AG Berlin- und Deutschlandpolitik in der AL

“Die Nation begründet politische Legitimität auf der Grundlage einer (nicht nur eingebildeten) nationalen Interessensgemeinschaft”
(aus: “Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder Bis daß der Tod uns eint? ”)

Der Berlin-AG der AL gebührt Anerkennung für ihre deutliche Sprache.

Ihre Diagnose: “Die europäischen Staaten und Völker ... drohen wieder zu Objekten der Politik der Supermächte zu werden”. “Das weitgehende Fehlen einer nationalen Identität - eines Gruppenbewußtseins und -empfindens der Bedeutung der eigenen Nationalität - ist nur der allgemeinste Nenner der politischen Parteien und sozialen Klassen, ja selbst der Konfessionen und Religionen.” Den deutschen Politikern fehlt es also an Nationalstolz; sie verhalten sich gegenüber ihren Alliierten “unwürdig” und “mit einer erbärmlichen Unterwürfigkeit” (AL-Presserklärung, ‘taz’, 20.9.84).

Aber es gibt auch Lichtblicke für diese ALer: “Denn Zweifel an der gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik sind kein Privileg der politischen Linken, der Alternativ- und Ökologiebewegung. Sie machen sich auch bei manchen Vertretern der politischen Führungsgruppen breit: das Angebot und die Vorschläge von Bahr und Gaus zur Strategiedebatte, Zweifel an der Strategie der ‘Flexible response’ von Kiep, Biedenkopf und Wörner ...”

Um dieses Besinnen aufs deutsche Eigeninteresse zu beschleunigen, muß die Friedensbewegung “aktiv eingreifen in die beginnende Diskussion innerhalb der politischen Führungsgruppen und Parteien.”

Fremdbestimmt mußten bundesdeutsche Politiker bisher die Bundeswehr mit Leos ausrüsten und Raketen gen Moskau richten: “Die Blöcke selbst sind die Ursache deutscher Beteiligung an der Aufrüstung.”

Das soll nun alles anders werden: durch Paktfreiheit zu Frieden und Wiedervereinigung, heißt die Devise der Berlin-AG.